

# Kraft der Erneuerung.

Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert.

Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD.

## I. Warum wir ein neues Grundsatzprogramm brauchen

Neue Zeiten erfordern neue Ideen, eine Welt im Wandel braucht eine zupackende neue Politik. Nicht im kritiklosen Bejubeln des Neuen oder im Beharren auf dem Alten beweist sich die politische Kraft der Sozialdemokratie. Wir setzen auf unsere Fähigkeit, die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität unter veränderten Bedingungen in realistische Politik zu übersetzen. Nur mit Wirklichkeitssinn und Leidenschaft zugleich werden wir unseren Idealen treu bleiben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unsere 143-jährige Geschichte und den immer wieder neuen Einsatz unserer Partei für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Heute ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Idee der sozialen Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln, die Demokratie gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Potenziale unserer Gesellschaft und ihrer Menschen zur Entfaltung kommen können. Wir sind die Kraft der Erneuerung in Deutschland.

Unsere Welt ist im Umbruch. Der Kalte Krieg liegt hinter uns, das Zusammenwachsen Europas hat neue Verhältnisse geschaffen, der Wandel unserer Wirtschaft verändert Arbeitswelt und Alltag. Das alles schafft neue Chancen – und neue Risiken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns nie mit dem jeweils Erreichten zufrieden gegeben. Und wir stellen uns gegen die Behauptung, eine gestaltende Politik sei heute nicht mehr möglich. Dem Fatalismus und der Politik der Angst setzen wir eine wertebegründete Politik der Zuversicht entgegen.

Mit ihrem Godesberger Programm von 1959 wandelte sich die SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei. Mit ihrem Berliner Programm von 1989 nahm die Sozialdemokratie die Impulse der Neuen Sozialen Bewegungen auf – nicht zuletzt den Gedanken der Nachhaltigkeit. Das erste Programm der SPD im 21. Jahrhundert muss wiederum neue Antworten geben: neue Antworten auf die Herausforderungen der Europäisierung, der Globalisierung und des sozialen, demografischen und technischen Wandels. Wir leben in einer Zeit der Ungleichzeitigkeiten. Das Neue entsteht und das Alte verliert nur sehr allmählich an Bedeutung. Wie lässt sich Veränderung mit Stabilität und sozialer Gerechtigkeit vereinbaren? Wie können wir Erneuerung und Zusammenhalt ermöglichen?

Wir setzen nicht auf passive Anpassung an den Wandel, sondern seine aktive Gestaltung. Die Existenz sehr unterschiedlicher Marktwirtschaften und Sozialstaaten auf der Welt und in Europa beweist eindrucksvoll, dass auch heute noch beträchtliche nationale Gestaltungsspielräume bestehen.

Als die SPD im Dezember 1989 ihr Berliner Programm beschloss, waren das Ausmaß und die Konturen des nationalen und europäischen Umbruchs erst in Umrissen erkennbar. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 steht für die Überwindung der Nachkriegsordnung durch die Menschen Europas. Der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist das Symbol für eine neue Dimension von globalen Konflikten, die unsere Weltgemeinschaft herausfordern.

Seit 1998 trägt die SPD wieder Regierungsverantwortung für das ganze Deutschland. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten die Politik in den Bundesländern, in Städten, Kreisen und Gemeinden. Mit unserer Politik haben wir die Erneuerung unseres Landes vorangebracht. Dabei hat sich gezeigt: Die Orientierungen des Berliner Programms reichen als Kompass für unsere Praxis nicht mehr aus. Jedoch kann die Neuformulierung der sozialdemokratischen Politik für das 21. Jahrhundert an das Berliner Programm anknüpfen. Die seit dem Godesberger Programm gültige Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität bleibt hoch aktuell. Nicht unsere Grundwerte und Ziele sind es, die sich verändern, sondern die politische Ausgangslage für ihre Verwirklichung.

Als die linke Volkspartei in Deutschland führen wir die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm für die gesamte Gesellschaft und mit der gesamten Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit allen, die die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie unterstützen. Und wir stellen uns selbstbewusst der Auseinandersetzung mit denen, die andere Auffassungen vertreten. Mit ihnen werden wir den Wettbewerb um die besseren Ideen für Deutschland offensiv führen. Die Marktradikalen formulieren ein unredliches Freiheitsversprechen, das den Egoismus des Einzelnen zum Prinzip erhebt. Heute sind wir in besonderer Weise herausgefordert durch Vorstellungen und Entwicklungen, die darauf abzielen, den Staat zu schwächen und verächtlich zu machen und die Marktwirtschaft zu radikalisieren. Die Konservativen ignorieren, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen nur möglich ist, wo gestaltende Politik die Voraussetzungen für sie schafft. Die Linkspopulisten wiederum missachten den Wunsch der Menschen nach Freiheit und gaukeln die Möglichkeit vor, aus der Wirklichkeit des Wandels auszusteigen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dagegen wissen: Die Welt verändert sich; heute kommt es aufs Neue darauf an, den Wandel zu gestalten, damit neue Sicherheiten überhaupt erst wieder möglich werden.

Es geht in dieser frühen Phase des 21. Jahrhunderts daher zu allererst darum, eine neue Übereinkunft darüber herzustellen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und welche Aufgaben vorrangig in Angriff genommen werden müssen.

Drei Projekte sind dabei für uns von herausragender Bedeutung:

- ▶ Wir müssen die Globalisierung gestalten, das neue Europa politisch stärken und sozial weiterentwickeln.
- ▶ Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage von fairem Wettbewerb und Innovation erneuern.
- ▶ Wir setzen auf ein neues Leitbild des vorsorgenden Sozialstaats.

Die vorliegenden „Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD“ beschreiben die großen Herausforderungen, denen sich Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen muss. Sie benennen unsere Grundwerte und unsere Ziele, ohne bereits fertige Antworten zu liefern. Sie konzentrieren sich bewusst auf die Bereiche, die

vorrangig besprochen werden sollten. Damit markieren sie zugleich eine Zwischene-tappe der sozialdemokratischen Programmdiskussion. Sie bündeln bisherige Arbeitser-gbnisse und sie sind die Grundlage für eine erste Phase der innerparteilichen und öf-fentlichen Debatte. Die Ergebnisse werden zu Beginn des Jahres 2007 in einen Ent-wurf für ein neues Grundsatzprogramm münden. Das neue Programm soll auf dem or-dentlichen Bundesparteitag der SPD im Herbst 2007 beschlossen werden.

## II. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die gleichrangigen und einander bedin-genden Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie haben ihre geistigen Wurzeln im christlichen Menschenbild, im Humanismus, in der Aufklärung und in den Erfah-rungen der Arbeiterbewegung. Diese Werte genießen in unserer Gesellschaft eine unverändert hohe Wertschätzung. Nicht der sozialdemokratische Wille zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität muss neu begründet oder definiert werden. Beant-worten müssen wir die Frage, wie wir diesen Grundwerten unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts auf neue Weise gerecht werden können.

Menschen werden als vernunftbegabte Wesen geboren, fähig zu Freiheit und Ver-antwortung, mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten. Die gleiche Würde und die gleiche Freiheit aller Menschen bilden den Ausgangspunkt und das Ziel all unseres politischen Handelns. Sozialdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

Die Sozialdemokratie ist eine Freiheitsbewegung. Ohne die Freiheit des Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung kann es eine freiheitliche Gesell-schaft nicht geben. Zugleich hat die Freiheit des Einzelnen ihrerseits gesellschaftliche Voraussetzungen. Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit von Zwängen, son-derm vor allem die Freiheit zu einer eigenen Lebensgestaltung. Denn nur wenn Menschen den Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Information haben und wenn sie ausreichende materielle Absicherung genießen, sind sie in der Lage ein freies Leben zu führen. Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht: Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Freiheit kann dauerhaft nur dort gesichert werden, wo jeder einzelne Mensch nach seinen Möglichkeiten Verantwortung für sich selbst, für sei-ne Mitmenschen und die Gemeinschaft übernimmt.

Gerechtigkeit verlangt, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation die Möglichkeit besitzen, an den Voraussetzungen und Mitteln eines selbst bestimmten und selbst verantworteten Le-bens teilzuhaben. Gerechte Teilhabe bedeutet zuallererst Chancengleichheit. Sie ist deshalb erst dort verwirklicht, wo jeder Mensch immer wieder neu die Möglichkeit zum selbst verantworteten Leben, zur Teilhabe an Bildung, an Arbeit und den Mög-lichkeiten der Gesellschaft erhält. Auch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands zielt auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen aller Menschen in unserer Gesellschaft. Gerechtigkeit erfordert, dass die gleiche Frei-heit und die gleiche Würde aller Menschen gewährleistet werden – unabhängig von ih-ren jeweiligen Leistungen für die Gemeinschaft. Gerechtigkeit erfordert aber ebenso die Anerkennung ihrer unterschiedlichen Leistungen für die Gemeinschaft.

Solidarität ist die Bereitschaft von Menschen und Gruppen, auch über rechtliche Verpflichtungen hinaus, aktiv und freiwillig füreinander einzustehen. Es geht um das Eintreten für Schwächere, zugleich aber auch um die Bereitschaft aller Menschen, sich aktiv für die Angelegenheiten ihres Gemeinwesens einzusetzen. Diese Bereitschaft zum Miteinander der Menschen ist grundlegend für unsere Gesellschaft. Unser Sozialstaat ist organisierte Solidarität. Nur ein Gemeinwesen, dessen Angehörige zur Solidarität fähig und bereit sind, wird sich den künftigen Herausforderungen gewachsen zeigen. Aber die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Solidarität kommen nicht von selbst und lassen sich nicht erzwingen. Vielmehr muss Solidarität in einem Verständigungsprozess unserer Gesellschaft Tag für Tag immer wieder neu hervorgebracht werden. Unter den Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Lebensweisen wird aktiv gelebte Solidarität schwieriger und wichtiger zugleich.

Entscheidend ist die Einsicht, dass die Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einander bedingen, ergänzen und begrenzen. Nur wo diese drei Grundwerte gemeinsam angestrebt und verteidigt werden, lässt sich jeder einzelne von ihnen verwirklichen. Wer sie gegeneinander ausspielt, wird am Ende keinem einzigen dieser Werte gerecht. Diese grundlegende Einsicht unterscheidet die SPD von anderen Parteien in Deutschland.

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war der Demokratische Sozialismus das Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialismus. In ihm kam nicht die Vorstellung eines gesellschaftlichen Endzustands zum Ausdruck, sondern eine Wertvorstellung und eine politische Bewegung. Nach dem Ende der Systemkonfrontation verkörpert dieser Begriff die bleibende Einsicht, dass in einer Marktwirtschaft stets auch Lebensbereiche und öffentliche Güter existieren müssen, die der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten. Diese Elemente nichtmarktförmiger Gemeinschaftlichkeit sind unverzichtbare Quellen der Lebensqualität und der Chancengleichheit in unserer Gesellschaft und müssen als fundamentale Voraussetzungen der Sozialen Demokratie gestärkt werden.

### III. Die Ziele der Sozialen Demokratie

Die SPD versteht sich als Kraft der Erneuerung und Partei der engagierten Zeitgenossenschaft mit den Menschen in unserem Land. Die Ansatzpunkte für unser Programm sind die konkreten Widersprüche unserer Zeit, die die Menschen in ihrem Alltag erfahren. Aus diesen Spannungslinien erwachsen die Anforderungen an eine langfristig ausgerichtete sozialdemokratische Politik. Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Für welche Ziele setzen wir uns ein?

#### Unser Ziel: Eine friedliche Weltordnung

Die Hoffnungen auf eine friedliche Weltordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs sind bislang unerfüllt geblieben. Nicht Abrüstung, Verständigung der Kulturen, Demokratie und eine gerechtere Entwicklung der Weltwirtschaft haben sich einstweilen durchgesetzt, sondern vielfach das Gegenteil. Eine neue Bedrohung geht von der Privatisierung der Gewalt aus. Armut, Ressourcenknappheit, religiöser Fundamentalis-

mus und territoriale Konflikte sind der Nährboden für neue Formen des internationalen Terrorismus. Zugleich ist die Welt im 21. Jahrhundert konfrontiert mit Problemen der Energiesicherheit, des globalen Ressourcenverbrauchs, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Verletzung von Menschenrechten.

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie machen nicht an den Grenzen des Nationalstaates Halt. Unser Ziel ist eine friedliche Weltordnung. Das vereinte und souveräne Deutschland trägt eine besondere Verantwortung und Verpflichtung, seine neuen Handlungschancen zu nutzen. Wir wissen, dass nationale Interessen nur im Einklang mit unseren europäischen und globalen Partnern verfolgt werden können. Die Vereinten Nationen sind das wichtigste Instrument der Völkergemeinschaft zur Schaffung von Frieden und Stabilität weltweit. Um sie handlungsfähiger und demokratischer zu machen, ist ihre weitere Reform unerlässlich. Nachhaltige Friedenssicherung ist eine globale Aufgabe. Sie setzt eine globale Sicherheitsarchitektur voraus, die auf den Grundsätzen des Multilateralismus und der Krisenprävention mit friedlichen Mitteln basiert. Unser erweiterter Sicherheitsbegriff bezieht vor allem politische, ökonomische, soziale, ökologische, entwicklungspolitische und diplomatische Strategien ein. Sie sind wirkungsvoll und nachhaltig bei der präventiven Friedenssicherung. Wir wissen, dass auch militärische Mittel zur Friedenssicherung notwendig sein können. Diese dürfen aber ausschließlich als letztes Mittel, wenn alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft worden sind, im strikten Einklang mit dem Völkerrecht und nach Zustimmung des Deutschen Bundestages angewendet werden. Die Rechtstaatlichkeit muss im globalen Maßstab durch die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit gewährleistet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten an der Unteilbarkeit der Menschenrechte fest und wissen, dass sich die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte wechselseitig bedingen. Auch in der internationalen Politik setzen wir nicht auf das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.

Wir brauchen Europa, um diesen Entwurf für die Welt von morgen stark zu machen. Wenn Europa seine Potenziale bündelt, verfügt es über ein großes Gewicht in der Welt. Wir Sozialdemokraten wollen aktiv die Verantwortung annehmen, dieses Ziel zu verwirklichen. Nur ein Europa, das außenpolitisch geeint ist, kann einen wirksamen Beitrag zu Frieden und Stabilität, zur Einhaltung und Durchsetzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte, zu Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zur Bekämpfung der Armut in der Welt leisten. Darum müssen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Verteidigungspolitik und die Entwicklungspolitik energisch vorangebracht werden.

### **Unser Ziel: Eine faire Globalisierung**

Wirtschaftliche Beziehungen über Grenzen hinweg begleiten den Kapitalismus seit seinen Anfängen. Was wir heute erleben und als Globalisierung bezeichnen, ist jedoch, angetrieben durch die Dynamik auf den Güter- und Finanzmärkten, eine neue Phase und Qualität kapitalistischer Entwicklung. Die Globalisierung ist ein ökonomischer Prozess und zugleich eine politische, kulturelle und ökologische Herausforderung. Internet, Medien und neue Möglichkeiten der Mobilität lassen die Welt so eng zusammenrücken wie nie zuvor. Eine neue Orientierung auf den

kurzfristigen Profit setzt Standorte, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck. Viele Menschen leben in dem Gefühl, Figuren in einem Spiel zu sein, dessen Regeln sie nicht kennen. Regionale und nationale Regierungen sehen sich mit international agierenden Unternehmen konfrontiert. Der Nationalstaat verliert Kompetenzen an übernationale und an nichtstaatliche Akteure zugleich. Im internationalen Wettbewerb drängen Länder wie China und Indien vom Rand der Weltwirtschaft energisch ins Zentrum. Gleichzeitig bleiben ganze Weltregionen vom Wohlstand abgekoppelt. Klar ist aber auch, dass Deutschland bislang Nutznießer des freien Welthandels ist. Die Globalisierung politisch zu gestalten, schafft die Chance, Wohlstand und Gerechtigkeit weltweit zu vergrößern und mehr Menschen an den Früchten dieser Entwicklung teilhaben zu lassen.

Faire Globalisierung bedeutet zweierlei: mehr Chancen für Entwicklungsregionen, aber auch klare Spielregeln für die entwickelten Länder und die global agierenden Unternehmen. Dem internationalen Kapitalismus wollen wir mit dem Leitbild einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Ordnungsrahmen geben. Hierzu sind eine internationale Finanzarchitektur und die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards erforderlich – innerhalb der maßgeblichen internationalen Institutionen der Weltwirtschaft und durch sie. Eine wesentliche Antwort auf die Globalisierung ist die Stärkung Europas nach innen wie nach außen. Was der nationale Staat nicht mehr leisten kann, muss durch neue Formen der Staatlichkeit auf europäischer und internationaler Ebene ermöglicht werden.

Die Überwindung von Armut, die Stärkung der Menschenrechte, die Teilhabe von immer mehr Menschen am globalen Wohlstand und die Verständigung zwischen den Kulturen schaffen die Voraussetzungen für eine friedliche Weltordnung. Wir setzen uns für mehr Chancengleichheit im Welthandel ein. Die Entwicklungsländer brauchen besseren Zugang zu den Märkten der reichen Länder. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen für eine gerechtere Weltordnung sind uns verpflichtender Maßstab.

### **Unser Ziel: Wohlstand und Beschäftigung**

Wir befinden uns im Umbruch hin zu einer Wissens- und Dienstleistungswirtschaft mit industrieller Basis. Unsere Ökonomie wird auch in Zukunft auf eine starke und innovative Industrie angewiesen sein, aber sie wird nicht mehr nach Mustern der nationalstaatlich ausgerichteten Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts funktionieren. Immer mehr Menschen sind damit beschäftigt, Informationen und Wissen zu verarbeiten. Unternehmen werden größer, Betriebe kleiner, Bindungen an die Region schwächer und internationale Verflechtungen intensiver. Dies hat Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Berufsbiografien. Die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität und die räumliche Mobilität der Menschen haben zugenommen. Auch reicht die einmal angeeignete Ausbildung längst nicht mehr für die ganze berufliche Laufbahn.

Unsere Arbeitswelt ist vielfältiger geworden: Einerseits gibt es zunehmend prekäre, ungeschützte und niedrig entlohnte Arbeit, vor allem zu Lasten von Frauen; Menschen erleben neue Unsicherheiten und Zumutungen. Andererseits sind in vielen Bereichen die Spielräume für eigenverantwortliche und kreative Arbeit gewachsen. Zugleich versperrt das seit Jahrzehnten ungelöste Problem der Massenarbeitslosigkeit

vielen Menschen die Chance auf Teilhabe. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleinen Selbstständigen verschoben. Dies ist weder gerecht noch ökonomisch vernünftig. Es ist vielfach nicht gelungen, die produktiven Potenziale unserer Gesellschaft zugunsten aller zu nutzen. Der Marktradikalismus hat diesen Widerspruch zwischen Möglichkeit und Realität verschärft. Er ist deshalb ökonomisch und moralisch gescheitert.

Das Fundament unseres Wohlstands ist die Soziale Marktwirtschaft, die es ohne die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Deutschland nicht gäbe. Ihre Wurzeln reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, und viele ihrer Errungenschaften mussten von den Menschen selbst erkämpft werden. Die Soziale Marktwirtschaft wird auch das 21. Jahrhundert prägen, wenn wir sie so erneuern, dass sie unter veränderten Bedingungen neuen Wohlstand ermöglicht.

Unsere Ziele sind Wohlstand für alle und die Teilhabe aller Menschen an der Erwerbsarbeit. Je mehr Männer und Frauen sich durch geistige und körperliche Arbeit an der gemeinsamen Wertschöpfung beteiligen, desto größer wird unser Wohlstand sein. Alle Menschen haben das Recht, aber auch die Verpflichtung, ihren eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten, sofern sie dazu in der Lage sind. Eine Politik, die am Ziel der Vollbeschäftigung festhält, kann in einer dynamischen Wirtschaft nicht allein darauf ausgerichtet sein, ganz konkrete und bereits bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wird im 21. Jahrhundert dann erfolgreich sein, wenn sie zwei Ansätze kombiniert. Zum einen müssen ausreichend neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, zum anderen müssen die Menschen während ihrer Erwerbslaufbahn darin unterstützt werden, den sich verändernden Anforderungen im Beruf auch gerecht zu werden. Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind grundlegend für das Ziel einer Gleichstellung der Geschlechter. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Frauen mehr Chancen in der Arbeitswelt erkämpft. Dennoch ist der Weg zu wirklich gleichen Chancen noch durch viele Hindernisse verstellt. Wir wollen sie aus dem Weg räumen.

Eine besondere Herausforderung in unserem Land ist die Fortführung des Aufbaus Ost. Ostdeutschland besitzt große Stärken, auf denen wir aufbauen wollen – hierzu gehören vor allem seine Menschen. Sie sind flexibel, hoch qualifiziert und motiviert. Wir müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass sich die neuen Länder nach dem Auslaufen des Solidarpakts aus eigener Kraft entwickeln können.

### **Unser Ziel: Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft**

Deutschland erlebt eine Bevölkerungsentwicklung, die in vielen Bereichen ein energisches Umdenken und Umsteuern erforderlich macht. Unserem Land fehlen Kinder. Und schon heute wissen wir: Weil die Zahl der möglichen Eltern weiter schrumpft, wird die absolute Zahl der in unserem Land geborenen Kinder und Jugendlichen in den kommenden Jahrzehnten weiter abnehmen. Zugleich wird die Lebenserwartung der Menschen erfreulicherweise weiter steigen. Den vielen älteren Menschen in unserem Land stehen jedoch nicht mehr genügend Kinder und Nachwachsende gegenüber – mit potenziell dramatischen Folgen für wirtschaftli-

che Dynamik und die Finanzierung unserer Systeme der sozialen Sicherung. Mittel und Wege zu finden, um die Auswirkungen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung zu dämpfen, ist die erste Aufgabe einer Politik der Generationensolidarität. Aber bloße Anpassung an die Alterung wird nicht genügen. Politik muss zugleich den ihr möglichen Beitrag leisten, die ungünstige demografische Entwicklung wieder zu verbessern. Hierzu gehört eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik ebenso wie eine Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Kinderarmut ist für Deutschland im doppelten Sinne dieses Wortes eine der größten Herausforderungen: Es geht um die Armut an Kindern und um die Armut von Kindern. Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden und dass jedes Kind faire Lebenschancen hat.

Kein Kind in Deutschland darf vernachlässigt werden, kein Jugendlicher darf ohne Zukunftschancen sein. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Wir setzen auf eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Vier Voraussetzungen müssen dabei erfüllt sein. Erstens: Frauen brauchen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Generationensolidarität hat Geschlechtergerechtigkeit zur Voraussetzung. Zweitens brauchen Kinder gute Betreuungsmöglichkeiten von Anfang an. Drittens brauchen Familien finanzielle Unterstützung. Und viertens müssen auch Männer ihre Aufgabe als Väter ausfüllen können und wollen.

Gleichzeitig wird der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft steigen. Es wird neue Wohnformen ebenso geben wie neue Formen der Arbeitsgestaltung. Die Lebensarbeitszeit wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen. Lebensbegleitendes Lernen ist notwendig, um mit dem Wandel von Technik, Arbeitsorganisation und Wissen mithalten zu können und innovativ zu bleiben. Die gängige Praxis, ältere Arbeitnehmer nicht mehr weiter zu qualifizieren, können wir uns schon heute nicht mehr und in Zukunft noch weniger leisten.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Jung und Alt in Solidarität miteinander leben. In einer älter werdenden Gesellschaft kommt es mehr denn je darauf an, die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen auf allen Ebenen zur Geltung kommen zu lassen. Die soziale Teilhabe der älteren Generation muss in allen Lebensbereichen garantiert sein. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine umfassende Politik für das längere Alter, die das Fundament für eine neue Form der Generationensolidarität legt und die große Zahl allein lebender Frauen einbindet.

### **Unser Ziel: Die Soziale Teilhabe aller**

Die alte soziale Frage war bestimmt vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Konflikt ist nicht gelöst, aber längst haben sich brisante neue soziale Fragen



in den Vordergrund geschoben. Viele Menschen erleben Unsicherheit oder den dauerhaften Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Gegenüber früheren Jahrzehnten entscheidet heute die soziale Herkunft wieder stärker über die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen. Die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben sich verbessert, aber noch längst sind nicht alle Formen von Diskriminierung überwunden. Langzeitarbeitslosigkeit drängt einzelne Menschen oder ganze Gruppen auf Dauer an den Rand. Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft lautete: Leistung gegen Teilhabe. Es gilt längst nicht mehr für alle. Der Ausschluss betrifft gerade auch Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch die Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft wie auch die von Teilen jener, die in die Bundesrepublik gekommen sind, weist deutliche Defizite auf. Ethnisch-kulturelle Formen des Ausschlusses und des Selbst-Ausschlusses befördern ein Auseinanderdriften der Gesellschaft in parallele Kulturen, die nur noch wenig voneinander wissen.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller Menschen am sozialen und kulturellen Leben unserer Gesellschaft. Das Versprechen „Leistung gegen Teilhabe“ muss erneuert werden. Wer einer vollen Erwerbstätigkeit nachgeht, soll von seinem Einkommen den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können. Die großen sozialen Risiken wie Krankheit, Behinderung und Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftlich erwünschte Nichterwerbsphasen wie Erziehung und Alter müssen solidarisch abgesichert werden. Teilhabe bedeutet anzuerkennen, dass Menschen im Sozialstaat Bürgerinnen und Bürger sind, die Rechte und Pflichten haben. Zwar hat unser System der sozialen Sicherung seine Wurzeln im obrigkeitstaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts, es wurde jedoch in der Bundesrepublik unter sozialdemokratischem Einfluss zum Fundament einer freiheitlichen Bürgergesellschaft weiter entwickelt. Wir wollen es jetzt im Rahmen eines gemeinsamen Europäischen Sozialmodells erneuern und zukunftstauglich für das 21. Jahrhundert machen. Wo wir von den guten Erfahrungen lernen können, die andere Länder bei der Erneuerung ihrer Gemeinwesen gemacht haben, da müssen wir den Mut haben, neue Wege zu beschreiten.

Bildung und Wissen sind die großen sozialen und zugleich wirtschaftlichen Kraftquellen des 21. Jahrhunderts. Mehr denn je entscheiden gute Bildung und Ausbildung sowie zeitgemäßes Wissen über die Zukunft jedes einzelnen Menschen. Zugleich entscheiden sie über die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, über das wirtschaftliche Wachstum und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Bildung ist die Voraussetzung von individueller Freiheit, von Lernfähigkeit und kultureller Offenheit, von Urteils- und Kritikfähigkeit; sie dient der kulturellen Selbstvergewisserung und erhöht die Chance der Selbstverwirklichung. Bildung und Ausbildung bedeuten auch Erziehung. Junge Menschen müssen die Normen und Werte unserer Gesellschaft lernen. Auch Bildung werden wir in Zukunft nicht mehr nur nationalstaatlich denken können: Wir müssen Bildung verstärkt auf einen europäischen und internationalen Horizont ausrichten.

Ob Menschen die Chance zur Teilhabe durch Bildung erhalten, darf nicht abhängig sein von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder von ihrem Geschlecht. Deshalb ist der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur ein zentrales Element von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Kinder aus bildungsfernen Schichten, häufig mit Migrationshintergrund, bedürfen unserer besonderen gezielten För-

derung. Wir brauchen in allen Bereichen unserer Gesellschaft mehr Menschen mit hochwertiger Ausbildung und Hochschulbildung. Der Zugang zum Studium muss Begabten aus allen Schichten breiter geöffnet werden. Für alle Bildungsbereiche sollen vier Prinzipien gelten: Ganzheitlichkeit, Chancengleichheit, Durchlässigkeit und Qualität. Es geht uns um die bestmögliche Bildung für alle vom Kindergarten über die Schule bis in die Hochschule sowie um die gleichzeitige Förderung in der Breite und an der Spitze.

### Unser Ziel: Ein nachhaltiger Fortschritt

Unser Wohlstand hängt auch vom Fortschritt in Wissenschaft und Technik ab. Gleichzeitig wissen wir, dass es weder verantwortbar noch möglich ist, die bisherige Form der Ressourcennutzung in den Industrieländern weltweit zu verallgemeinern. Konflikte um Rohstoffe nehmen zu, die Veränderung des Klimas bedroht die Existenzgrundlagen vieler Menschen auf der Welt. Gerade auf dem Gebiet der Energiesicherheit sind die internationalen Krisen der vergangenen Jahre deutliche Warnzeichen. Zu den Risiken gehören vor allem die unkontrollierte Verbreitung waffenfähiger Atomtechnologie und die Gefährdung der Öl- und Gasversorgung. Darum sind Technologien und Methoden, die ein nachhaltiges Wachstum ermöglichen, die herausragende Innovationsaufgabe unserer Zeit. Jedoch ist nicht alles Machbare verantwortbar. Risikobehaftete Technologien fordern unsere ethische Urteils- und Handlungskraft heraus.

Unser Ziel ist ein Fortschritt, der dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Dies bedeutet, dass wir nicht nur im Hier und Jetzt handeln dürfen, sondern Verantwortung für die Zukunft kommender Generationen übernehmen müssen.

In der Frage künftiger Energienutzung verbinden sich die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen auf globaler Ebene. Wir wollen und müssen heraus aus den Gefahren und Zwängen der Atom- und der Ölwirtschaft, um den Aufbruch ins solare Zeitalter langfristig voranzutreiben. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist unverzichtbar. Wir setzen auf einen neuen Energiemix aus Energieeinsparung, Energieeffizienz, der intelligenten Nutzung von Kohle und Gas und vor allem dem Ausbau erneuerbarer Energien.

Eine besondere Dynamik erleben wir auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie. Sie revolutioniert unser Wissen über die Entstehung und Funktion menschlichen Lebens. Die bioethische Diskussion über den Fortschritt, den wir zulassen und die Grenzen, die wir ziehen wollen, muss als gesellschaftliche Debatte immer wieder neu geführt werden. Wir halten fest am Verbot des gezielten Eingriffs in die menschlichen Erbanlagen.

Nicht nur die Wirtschaft und die Politik tragen Verantwortung für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise. Wir wollen den selbstverantwortlichen und ganzheitlich mitdenkenden Bürger stärken, der sich als Produzent, Konsument und Finanzanleger seiner Mitverantwortung für das Gemeinwohl bewusst ist.

### Unser Ziel: Sicherheit und Orientierung im Wandel

Der beschleunigte Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft hat viele Menschen verunsichert. Das Bedürfnis nach Orientierung und Halt wächst. Der Leistungswettbewerb, die erhöhten Anforderungen an berufliche Flexibilität und Mobilität und das Gefühl vieler Menschen, nicht mehr dazuzugehören, sind eine Belastung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Verstärkt wird dies durch Teile der Medien, die sich in immer stärkerem Maße an Personen, Skandalen und Emotionen orientieren. Gleichzeitig haben die traditionellen Orte, an denen Solidarität und sozialer Zusammenhalt erfahren und gelernt werden können – Familie und Erwerbsarbeit, Schule und Kirche, Gemeinde und Stadtviertel, Vereine, Freunde und Nachbarschaftskreise – an Bindekraft eingebüßt. Die ungeklärte Frage danach, was unsere Gesellschaft in Zukunft zusammenhält, kann nicht mit der rückwärts gewandten und untauglichen Idee einer „deutschen Leitkultur“ beantwortet werden.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Menschen mehr Sicherheit und Orientierung zu ermöglichen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder zu stärken. Die traditionellen Instanzen der Gemeinschaft sind keineswegs überholt. Sie geben den Menschen Kraft und Orientierung, sie bedeuten Heimat, hier organisiert sich die Gesellschaft selbst. Diese Orte gelebter Solidarität bilden deshalb das Fundament der Bürgergesellschaft in Deutschland. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Menschen Einbindung, Beteiligung und Anerkennung finden. In ihnen spielen weniger die Prinzipien des Marktes eine Rolle als freiwilliges ehrenamtliches Engagement und wechselseitige Verbundenheit. Ohne die Stärkung der Bindekräfte, die von den lebendigen Orten gesellschaftlicher Solidarität ausgehen, werden die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht menschlich zu bewältigen sein.

Zugleich sind in Zeiten des beschleunigten Wandels sichere Wertmaßstäbe und Wertorientierungen besonders wichtig. Die Unsicherheit und Schnelligkeit unserer Zeit sowie die mediale Effekthascherei erfordern eine wertorientierte Erziehung. Eine solche Gesellschaft bedarf eines integrativen und humanistisch ausgerichteten Leitbildes. Ein solches Leitbild für unsere gesamte Gesellschaft im 21. Jahrhundert voran zu bringen, wird ein wichtiges Ziel einer sozialdemokratischen Programmdebatte sein.

Als wertorientierte Volkspartei ist die SPD eine tatkräftige Schutz- und Gestaltungsmacht in Deutschland. Es reicht nicht aus, Werte und Normen zu proklamieren – wir brauchen auch starke Instanzen, die diesen Prinzipien und Regeln zum Durchbruch verhelfen. Gerade deshalb setzen wir auf die Integrationskraft der gesellschaftlichen Gruppen. Zugleich engagieren wir uns für einen modernen und handlungsfähigen Staat, der Lebenschancen schafft, die Teilhabe aller Menschen fördert und Ausgrenzung verhindert. Diese Arbeit ist notwendig, um Orientierung zu stiften und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Wir tun dies in dem Bewusstsein, Teil einer europäischen Kultur zu sein, die die geistige Kraft besitzt, das friedliche Miteinander der Kulturen zu fördern und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Sicherheit bedeutet auch, die Menschen vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Wir sind hart gegen die Kriminalität und hart gegen ihre Ursachen.

### IV. Eine neue soziale Übereinkunft

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte, denen die Sozialdemokratie auch im 21. Jahrhundert verpflichtet ist. Eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen braucht eine Verständigung darüber, wie sie unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Generationen und Geschlechtern in Einklang bringt. Die dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer schädete allen gemeinsam und würde schließlich auch die vermeintlichen Gewinner in Verlierer verwandeln. Den fundamental veränderten Bedingungen unserer Zeit kann unsere Gesellschaft deshalb nur durch eine große gemeinsame Anstrengung der Erneuerung gerecht werden. Zu dieser Anstrengung werden wir in Deutschland und Europa jedoch nur fähig sein, wenn es gelingt, eine neue soziale Übereinkunft zu formulieren.

Es geht uns um die Verständigung über die Fundamente unserer Gesellschaft und den Wandel ihrer Voraussetzungen; um die Verständigung über das zeitgemäße Wechselverhältnis von Anrechten und Verpflichtungen, von Leistungen und Gegenleistungen, von Geben und Nehmen in unserem Land. Diese neue soziale Übereinkunft muss den Staat, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Gemeinschaften und Verbände einbeziehen. Notwendig ist ein verändertes, auf Zugewinn durch Kooperation ausgerichtetes Selbstverständnis aller handelnden Akteure.

Für uns gilt: Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen verwirklichen. Gleiche Chancen von Männern und Frauen in Gesellschaft, Beruf und der Familie bleiben eine zentrale Aufgabe. Unsere Ziele sind der geschlechtergerechte Umbau des Arbeitsmarktes und die gleichberechtigte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihre Berufswünsche verwirklichen können und sich partnerschaftlich die Fürsorge für die Familie teilen können.

Eine neue soziale Übereinkunft muss die Demokratie stärken. Wir wollen eine lebendige Demokratie und die gleichberechtigte Teilhabe aller an den Entscheidungen in der Gesellschaft. Demokratie ist niemals endgültig gesichert, sie muss immer aufs Neue errungen und mit Leben erfüllt werden, im Kleinen wie im Großen. Wir stehen für den handlungsfähigen Staat in einer aktiven Bürgergesellschaft. Entscheidend für die Akzeptanz des demokratischen Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern ist die Nachvollziehbarkeit seines Handelns auf allen Ebenen. In unserer modernen föderalen Demokratie muss immer neu geprüft werden, welche staatliche Handlungsebene für welche Entscheidungen die Verantwortung tragen soll. Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität stärken.

Wir brauchen eine starke Bürgergesellschaft. Um die sozialen Bindekräfte, die Solidarität und den Zusammenhalt überall in unserer Gesellschaft zu erneuern, um Freiheiten in verantwortlicher Weise zu nutzen und öffentliche Räume in ihrer Lebensqualität für alle Menschen zu sichern und zu entwickeln, sind wir auf aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre immer neue Bereitschaft, durch freiwillige Arbeit und ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwohl tätig zu werden, sind in hohem Maße vorbildlich. Bei der Begleitung sozialer Angebote, bei der Pflege öffentlicher Einrichtungen, in den Kommunen und Stadtteilen, in Vereinen und Verbänden, in Kultur und Sport und nicht zu-

letzt bei der Integration von Zuwanderern und dem Dialog verschiedener Religionen kommt es entscheidend darauf an, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigenem Antrieb unsere Grundwerte mit Leben erfüllen. Unser demokratisches Gemeinwesen, von den Städten und Gemeinden bis zur Ebene des Bundes, bezieht einen wesentlichen Teil seiner Zukunftsfähigkeit aus dieser aktiven Bürgergesellschaft.

Wir brauchen ein neues positives Bekenntnis zu unserem Staat. Notwendig ist ein aktiver und kooperativer Staat, der die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützt, eigenverantwortlich und solidarisch zu handeln. Ein solcher Staat darf weder bürokratisch sein noch abgemagert und ohne Autorität. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Dieser Staat benötigt finanzielle Ressourcen, um im Sinne des Gemeinwohles agieren zu können. Zugleich besitzt der handlungsfähige Staat die Fähigkeit, den Zugang der Menschen zu öffentlichen Gütern zu garantieren, zielgerichtet und gerecht zu handeln – gerade dadurch gewinnt er die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Nach unserer Auffassung muss eine neue soziale Übereinkunft in besonderer Weise auf den folgenden Einsichten basieren:

- ▶ Wenn den Menschen im 21. Jahrhundert mehr Flexibilität abverlangt wird, dann müssen sie sich im Gegenzug auf zeitgemäße erneuerte Formen von sozialer Sicherheit, auf Teilhabe am Haben und Sagen, auf Bildung und Aktivierung verlassen können.
- ▶ Wenn wir in Zukunft einen hohen Wohlstand erhalten wollen, dann sind mehr öffentliche Investitionen in soziale Dienstleistungen, in Bildung, Innovation und Infrastruktur notwendig.
- ▶ Wenn der Staat unter veränderten Bedingungen seine Leistungsfähigkeit und Legitimität bewahren soll, dann muss er für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit als verlässlicher Partner an ihrer Seite erfahrbar sein.
- ▶ Wenn wir wollen, dass die globalen Märkte den Wohlstand nachhaltig vergrößern und mehr Beschäftigung ermöglichen, dann müssen sie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene im Interesse des Gemeinwohls fair ausgestaltet werden.
- ▶ Wenn wir unter den Bedingungen unserer Zeit die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklichen wollen, dann müssen Frauen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und dann muss für Frauen und Männer die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sichergestellt werden.
- ▶ Wenn wir im 21. Jahrhundert auf die Steigerung des Wachstums setzen, dann muss klar sein, dass dies nur auf der Basis einer nachhaltigen Ressourcenverwendung möglich und verantwortbar sein wird.
- ▶ Wenn wir wollen, dass Deutschland im 21. Jahrhundert eine vitale, kulturell vielfältige Gesellschaft sein soll, dann müssen alle Gruppen das Grundgesetz und die ihm zugrunde liegenden Prinzipien akzeptieren.

Über die Inhalte dieser neuen sozialen Übereinkunft suchen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Gespräch mit allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Sie wird ein wesentlicher Teil der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der SPD sein. Für uns sind dabei drei zentrale Elemente von herausragender Bedeutung, um Wandel und Sicherheit miteinander zu verknüpfen: die umfassende Hinwendung zur europäischen Dimension der Politikgestaltung, die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, sowie die systematische Entwicklung des vorsorgenden Sozialstaats.

### 1. Das neue Europa politisch stärken und sozial gestalten.

Die europäische Einigung ist die größte und wichtigste Erfolgsgeschichte der Nachkriegsära. Sie sichert den Frieden in Europa, fördert das Wachstum und schützt unsere Interessen. Die offenen Grenzen und das Zusammenwachsen der Völker bedeuten für viele Menschen die Verwirklichung eines Traums. Die aktive und positive Bezugnahme Deutschlands auf die Europäische Union wird im neuen Europa sogar noch wichtiger. Denn das neue und wesentlich größere Europa ist durch die Osterweiterung, die einheitliche europäische Währung sowie die zunehmende Wirtschaftsverflechtung so eng verwoben wie nie zuvor.

In der Ära der Globalisierung ist Europa Gestaltungs- und Schutzraum zugleich. Klar ist, dass die Vorteile des geeinten Europa gegenüber jeder denkbaren Alternative überwiegen. Zugleich aber haben die Einführung des Euro, die oft überzogene Bürokratie und unfairen Steuer- und Standortwettbewerb viele Menschen verunsichert. Der europäische Einigungsprozess kennt auch in Deutschland Verlierer und Gewinner. Notwendig ist daher ein Europa, das sich als ein gemeinsamer Lebensraum begreift, der zugleich auf Wettbewerbsfähigkeit, auf sozialen Mindeststandards und auf Nachhaltigkeit basiert.

Eine einseitig ökonomisch ausgerichtete Integration gefährdet die bestehenden Gemeinsamkeiten und die Legitimation des europäischen Projekts. Nur wenn es gelingt, die Menschen vom Nutzen der EU zu überzeugen, kann die notwendige Vertiefung der Europäischen Union fortgeführt werden. Deshalb muss, wer von der Einheit Europas profitieren will, zugleich die sozialen Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen. Wer durch die europäische Politik Nachteile hat, darf von den Gewinnern nicht im Regen stehen gelassen werden.

Eine innovative und wachstumsstarke Region kann Europa im 21. Jahrhundert nur sein, wenn es zugleich als attraktiver Sozialraum gestaltet wird. Es gibt nicht das eine, einheitliche Europäische Sozialmodell, aber es gibt eine gemeinsame Verpflichtung auf das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie der Entwurf der Europäischen Verfassung vorsieht.

In diesem Sinne werben wir dafür, Europa als positive Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung zu begreifen und zu organisieren. In sozialdemokratischer Perspektive bedeutet Europa einen Prozess des gegenseitigen Gebens und Nehmens zum gemeinsamen Vorteil. Zu einer neuen Übereinkunft gehört die neue Bestimmung des Verhältnisses zwischen unserer Gesellschaft und der Europäischen Union. Der Weg zu einem Europa, das maßgeblich dazu beiträgt, die Globalisierung zu regulieren sowie qualitatives Wachstum und Teilhabe zu stimulieren, verläuft über die

Stärkung der Europäischen Union. Ein starkes Europa setzt handlungsfähige Nationalstaaten voraus, die sich zugleich ihrer eigenen Handlungsgrenzen bewusst und gerade deshalb zur Kooperation bereit sind. Als einander verpflichtete Partner erkennen solche Staaten in der Europäischen Union ein historisches Projekt des gemeinsamen Zugewinns. Dieser Mehrwert Europas erfordert auch hinreichende Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen, klare Entscheidungsregeln und eine realistische Chance, Mehrheiten für politische Gestaltung erreichen zu können. Deshalb treten wir für eine europäische Verfassung ein. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass ein starkes Europa auch transparent und demokratisch sein muss, wenn seine Entscheidungen Akzeptanz bei den Menschen finden sollen. Wir wissen, dass Bürgernähe nicht allein eine geografische Frage ist, sondern auch davon abhängt, ob die Menschen, ihre Bedürfnisse und Interessen im Mittelpunkt der Politik stehen.

Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen, die Märkte zu öffnen. Diese Prozesse sollten durch eine Politik der Mindeststandards flankiert werden. An die Stelle eines unfairen Sozial- und Steuerwettbewerbs müssen Sozialstandards, eine Koordinierung der zentralen Steuersätze sowie gesetzliche Mindestlöhne treten. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer hat sich als eine besondere Produktivkraft erwiesen, die wir auch in europäischen Unternehmen zur Anwendung bringen wollen.

Die Spielräume für eine Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik im großen Wirtschaftsraum der EU sind noch längst nicht ausgeschöpft. Die Institutionen der EU müssen in erster Linie dem Ziel der Beschäftigung verpflichtet sein. Wenn es gelingen soll, die Handlungs- vor allem die Koordinationsfähigkeit der EU zu stärken, dann müssen wir der EU auch angemessene finanzielle Ressourcen ermöglichen. Perspektivisch wäre eine eigene Steuerquelle der EU der richtige Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Lissabon-Prozess hat den richtigen Weg gewiesen, um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele zu integrieren. Doch die Umsetzung enttäuscht bislang: Die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas aber auch der soziale Zusammenhalt sind unter ihren Möglichkeiten geblieben. Die Lissabon-Ziele müssen verstärkt in Einklang gebracht und das europäische Sozialmodell erneuert werden. Das Ziel heißt: Europa muss eine zentrale und aktive Rolle als wirtschaftlicher Akteur spielen, um eine stabile Finanzarchitektur durchzusetzen und die Akteure auf den Finanzmärkten auf eine langfristige wirtschaftliche Strategie zu verpflichten.

## **2. Fairer Wettbewerb und Innovation: Soziale Marktwirtschaft erneuern.**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ein für den fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Er ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstands. Doch Märkte sind nicht vollkommen. Deshalb brauchen sie faire Regeln und einen klaren Rahmen, damit sie funktionieren.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die an den Werten und Zielen ausgerichtet ist, die von einer großen Mehrheit in unserer Gesellschaft geteilt werden: für nachhaltiges Wachstum, für hohe Beschäftigung, für gerecht verteilten Wohlstand.

Zu lange wurde unser Land schlecht geredet und damit um Chancen gebracht. Unsere Wirtschaft ist in vielen Bereichen stark und wettbewerbsfähig. Aber wir können uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die wichtigste Aufgabe in Deutschland ist die Schaffung von qualifizierten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung. Die Umbrüche unserer Zeit geben uns zugleich Hinweise auf die Bedürfnisse und Märkte der Zukunft: Eine älter werdende Gesellschaft bedeutet Nachfrage nach neuen Produkten und Dienstleistungen; die weltweite Verknappung der Rohstoffe erfordert innovative Lösungen.

Notwendig ist eine realitätstaugliche Wirtschaftspolitik, die sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite stärkt. Die Stärke unserer Exportwirtschaft ist das wichtige Spielbein unserer Volkswirtschaft. Aber diese Stärke gerät in Gefahr, wenn sie nicht durch das Standbein einer starken Binnennachfrage ergänzt wird. Wir wollen gute Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Aber der zentrale Prüfstein einer angebotsorientierten Politik muss sein, ob diese auch zu einer Steigerung von Investitionen und Beschäftigung führt. Dies gilt in besonderer Weise für die Besteuerung von Unternehmen und die Ausgestaltung von Subventionen.

Die Spielregeln für unsere Wirtschaft haben sich geändert. Die Kapitalmärkte üben wachsenden Einfluss auf Unternehmen und Beschäftigte aus. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Orientierung auf den kurzfristigen Profit wirtschaftliche Potenziale zerstören kann. Unsere Wirtschaft ist dann stark, wenn sie die Chance zur langfristigen Entwicklung erhält und sich der Durchsetzung kurzfristiger Interessen widersetzen kann.

Deshalb brauchen wir eine Übereinkunft über zwei unverzichtbare Voraussetzungen einer modernen Sozialen Marktwirtschaft: Wir setzen auf bessere Produkte und Dienstleistungen – nicht auf billigere Löhne. Und wir setzen auf langfristiges Wachstum – nicht auf kurzfristigen Profit.

Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft setzt deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur voraus. Notwendig ist eine stetig ansteigende öffentliche Investitionstätigkeit. Bildungsausgaben sollten als Investitionen verstanden werden. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte stärker als bisher an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. Nicht an der Höhe der Staatsquote erweist sich die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens, sondern an der Frage, ob die Mittel sinnvoll und zielgenau verwendet werden.

Gerade in den Dienstleistungsbereichen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, gibt es die Chance auf mehr Beschäftigung – auch für Menschen mit geringerer Qualifikation. Allerdings müssen auch mit solchen Arbeitsplätzen Einkommen erzielt werden können, die die Existenz von Menschen sichern. Wir müssen die Förderung von Arbeitsplätzen im Bereich dieser Dienstleistungen und in der lokalen Wirtschaft auf eine neue Grundlage stellen.

In einer dynamischen Wirtschaft kann es keine Garantien für die Existenz von Unternehmen an bestimmten Standorten geben. Zugleich jedoch müssen profitable Unternehmen vor kurzfristigen Attacken und feindlichen Übernahmen geschützt werden. Offene Finanz- und Kapitalmärkte können nur dann von Nutzen für die



Wirtschaft und das Gemeinwohl sein, wenn sie reguliert und zur Transparenz verpflichtet werden.

Neue Formen der Arbeitszeitgestaltung und der Entlohnung dürfen nicht zur einseitigen Verlagerung der Risiken auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen. Wer mehr Flexibilität verlangt, muss auch neue Sicherheiten bieten. Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Arbeitnehmern und Staat, um das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens praktische Realität werden zu lassen.

Unsere Gesellschaft benötigt eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollten. Aus sozialdemokratischer Perspektive gehören hierzu an vorderster Stelle Bildung, Gesundheit und Sicherheit. Gleichwohl muss der Staat diese Güter nicht selbst bereitstellen. In vielen Fällen kann es sinnvoller sein, dass er den Zugang der Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet und Räume für private Initiative öffnet. Eine Übereinkunft brauchen wir auch darüber, welches Wissen einer Gesellschaft als öffentliches Gut zur freien Nutzung für alle zur Verfügung stehen muss.

Auf den wichtigen Märkten der Zukunft setzen wir auf industriepolitische Allianzen aus Wirtschaft, Forschung, Arbeitnehmern und Politik. Moderne Industrie- und Dienstleistungspolitik bedeutet heute in erster Linie, die Innovationskräfte auf diesen Märkten zu stärken. Wo Märkte verkrustet sind, muss der Wettbewerb gestärkt werden. Der Staat kann durch eigene Nachfrage oder intelligente Regulierungen als Pionier agieren und den Märkten von morgen wichtige Anstöße geben.

Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass es in allen Regionen unseres Landes gelingen kann, genügend Arbeit zu den Menschen zu holen. Notwendig ist daher die Bereitschaft der Menschen, auch dorthin zu gehen, wo die Arbeit ist. Auf dem Gebiet der regionalen und branchenbezogenen Förderpolitik kommt es darauf an, gezielt Schwerpunkte zu setzen und bestehende Entwicklungspotenziale systematisch zu stärken.

Die Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und am Sagen ist ein wichtiges Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialen Demokratie. Darum bekennen wir uns ausdrücklich zu Tarifautonomie und Mitbestimmung. Sie sind zugleich Kernelemente einer Wirtschaftskultur, die sich der Mitverantwortung der Unternehmen und der Finanzmarktakteure für das gesellschaftliche Gemeinwohl bewusst ist.

### **3. Ein neues Leitbild: der vorsorgende Sozialstaat**

Ein zentrales Element einer neuen sozialen Übereinkunft für Deutschland muss ein erneuertes und positives Leitbild für unseren Sozialstaat sein. Wir wollen keinen abgemagerten, sondern einen besseren Sozialstaat. Unser Leitbild für das 21. Jahrhundert ist der vorsorgende Sozialstaat, der stärker als bislang in die Menschen und ihre Potenziale investiert.

Der Sozialstaat, den wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entscheidend mitgestaltet haben, hat in der alten Bundesrepublik vielen Menschen aus sozial

schlechter gestellten Bevölkerungsschichten die soziale Mobilität in die gut ausgebildete Mitte unserer Gesellschaft ermöglicht. Er hat den Wandel von der klassischen Industriegesellschaft hin zur wissensbasierten Wirtschaft unterstützt. Nun aber stößt der Sozialstaat, wie wir ihn bislang kennen, an seine Grenzen. Er verfolgt noch zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel und Armut von vornherein zu verhindern. Er fördert und aktiviert die Menschen zu wenig. Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. Er ist in erster Linie auf Transferleistungen sowie erwerbsarbeitsbezogenen Statuserhalt ausgerichtet. Er investiert hingegen zu wenig in die soziale Infrastruktur, mit der die aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft unterstützt wird. Seine Finanzierungsbasis ist brüchig geworden.

Die Menschen in unserem Land wollen einen starken Sozialstaat, aber sie wollen auch, dass sich dieser Sozialstaat an den neuen Realitäten und Erfordernissen orientiert, die sie in Beruf und Alltag erleben. Darum müssen wir den Konsens über unseren Sozialstaat erneuern, bevor er von denen einseitig aufgekündigt wird, die meinen, sie könnten ganz auf ihn verzichten.

Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel mit den Betroffenen und er erkennt die existentielle Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen wie auch für die Zukunft unserer Gesellschaft an. Ein aktiver Sozialstaat ist ein verlässlicher Partner für die Menschen und nie bloß Verwalter von sozialen Problemen. Er macht Angebote, um ihre Stärken zu entwickeln. Der Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten. Gleichzeitig muss er verlässlich sein. Die Menschen vertrauen nur einem Sozialstaat, der ihnen langfristige Sicherheiten bietet. Der vorsorgende Sozialstaat ist kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche Produktivkraft.

Je vielfältiger unsere Arbeitswelt wird, desto weniger zukunftsfähig ist ein Sozialstaat, der Selbstständige, Beamte und Arbeitnehmer unterschiedlich behandelt. Deshalb muss sich der Sozialstaat in Zukunft stärker am Bürgerstatus und weniger an der Form der Erwerbstätigkeit der Menschen ausrichten. Zugleich benötigt der Sozialstaat der Zukunft eine breitere Finanzierungsbasis, die weniger als bislang auf die Sozialversicherungsbeiträge stützt. Das Beitragsniveau sollte reduziert und der Steueranteil erhöht werden, damit alle, nicht nur die abhängig Beschäftigten, sich an der solidarischen Finanzierung beteiligen. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen für mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur und bessere öffentliche Dienstleistungen geschaffen.

Alle Menschen sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus am medizinisch-technischen Fortschritt beteiligt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen in die Solidarität unseres Gesundheitssystems einbezogen werden. Zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist ein echter Wettbewerb erforderlich.

Auch in Zukunft müssen alle Menschen im Alter über ein ausreichendes Einkommen verfügen können. Gleichzeitig darf die jeweils erwerbstätige und Beiträge zahlende Generation nicht überfordert werden. Darum müssen die betriebliche und die private Altersvorsorge weiter ausgebaut und verbreitert werden. Die Sicherung

des Lebensstandards wird in Zukunft nur durch eine Kombination aus gesetzlicher Rente und Eigenvorsorge möglich sein.

Sicherheit und Teilhabe werden in erster Linie durch Erwerbstätigkeit ermöglicht. Die Menschen sollen in der Lage sein, über weite Strecken ihres Lebens eine Erwerbsarbeit auszuüben. Darum muss ein vorsorgender und in die Menschen investierender Sozialstaat dazu beitragen, dass Erwerbsarbeit ein eigenes Auskommen und Anerkennung ermöglicht, nicht krank macht, die vorhandenen Qualifikationen sichert und ausbaut sowie mit dem Leben in der Familie vereinbar ist. Unser Leitbild ist die sozial abgesicherte Erwerbsbiografie für Männer und Frauen. Dies bedeutet vor allem, die Übergänge zwischen unterschiedlichen Lebensphasen der Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit besser abzusichern.

## V. Die SPD als linke Volkspartei

Die SPD ist aus der deutschen Arbeiterbewegung entstanden. Ihr Ziel war die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Menschen. Dies war die große soziale Frage der damaligen Zeit. Auch heute sind wir die Partei, die sich den neuen und den bleibenden sozialen Fragen stellt. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben gemeinsame Wurzeln. Aus dieser Tradition heraus, aber auch angesichts vieler Gemeinsamkeiten in der Gegenwart, ist die SPD den Gewerkschaften in besonderer Weise verbunden.

### Wir sind die linke Volkspartei in Deutschland

Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine Vielfalt an Kulturen, Lebensstilen, Wertvorstellungen und Interessen. Wir verstehen uns als linke Volkspartei, weil wir diese Vielfalt auf Basis unserer Grundwerte integrieren und bündeln wollen. Wir sind keine Partei für eine bestimmte Klasse, Schicht, Region oder eine einzelne Gruppe. Mitten in der Gesellschaft sind wir die politische Heimat für alle diejenigen, die Deutschland nach der Vorstellung der sozialen Demokratie gestalten und die Grundsätze sozialer Demokratie auch europäisch und global verwirklichen wollen.

Damit sind wir zugleich die Partei der solidarischen Mitte. Nur wenn die gesellschaftliche Mitte in unserem Land für eine Politik der Sozialen Demokratie gewonnen werden kann und diese selbst für eine Politik der Sozialen Demokratie wirbt, ist diese auch möglich. Die solidarische Mitte ist es, die Steuern zahlt, weil sie einen handlungsfähigen und gerechten Staat will. Sie ist es, die mit hohem Engagement dafür sorgt, dass die solidarische Bürgergesellschaft auch praktisch gelebt wird.

### Wir sind Mitgliederpartei

Unsere Partei ist entstanden als Selbstorganisation der arbeitenden Bevölkerung. Auch heute wird die SPD in erster Linie getragen von vielen Hunderttausend Menschen, die in ihrer Freizeit politische und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und im Alltag, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz für die Politik der so-

## **Kraft der Erneuerung.**

Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD.

zialen Demokratie werben. Wir sind stolz auf das Engagement und die Kreativität unserer Mitglieder. Nur als Mitgliederpartei sind wir mitten in der Lebenswirklichkeit unseres Landes verankert.

### **Wir sind Programm- und Wertepartei**

Grundlegend für unsere Politik sind die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Die Einheit dieser drei Grundwerte, gebündelt im politischen Projekt der sozialen Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Parteien. Als Teil der Sozialistischen Internationale und der Europäischen Sozialdemokratie führt die SPD mehr denn je den programmatischen Dialog mit ihren Schwesterparteien. Die internationale Sozialdemokratie ist die wichtigste Kraft, wenn es darum geht, die Globalisierung der Märkte durch die Globalisierung der Politik im Sinne der Menschen zu gestalten.

### **Wir führen unsere Programmdiskussion mit unserer Gesellschaft und für sie**

Wir stellen uns den großen Fragen, die sich unsere Gesellschaft stellt. Und wir wollen die Antworten im gesellschaftlichen Dialog entwickeln. Ein Programm ist immer nur so viel wert, wie seine Gedanken den Menschen als Leitbild und Kraftquelle dienen. Wir wollen ein neues gesellschaftliches Bündnis für eine Politik der sozialen Demokratie.